

Politik will attraktiver werden – aber wie?

Interviews mit den Vorsitzenden aller vier Landtagsfraktionen

Bei aller Berichterstattung über die Festlichkeiten anlässlich des 60. Geburtstags von Land und Landtag mochte manch kritischer Politikbeobachter den Eindruck gewinnen, Parlamentsarbeit habe in erster Linie etwas mit Ausgelassenheit und Feierlaune zu tun. Weit gefehlt, denn mit dem Jahr 2006 geht ein überaus arbeits- und ereignisreiches Jahr zu Ende. Das Landesparlament blickt auf 31 Plenarsitzungen, 341 Ausschusssitzungen und 41 Anhörungen zurück. Zudem wurden insgesamt 35 Gesetze verabschiedet. Eine Arbeitsbilanz, die sich sehen lassen kann. In der letzten Ausgabe des Jahres bat „Landtag intern“ die Fraktionsspitzen – Helmut Stahl (CDU), Hannelore Kraft (SPD), Sylvia Löhrmann (GRÜNE) und Dr. Gerhard Papke (FDP) – um eine persönliche Rückschau sowie um einen landespolitischen Ausblick.

In 60 Jahren war NRW Motor der Entwicklung in Deutschland. Ist dieser Motor ins Stottern geraten? Wenn ja, wie gewinnt er seine alte Zugkraft zurück?

Stahl: Ja, zweifellos war der Motor ins Stocken geraten. Seit Mitte 2005 ist meine Fraktion in der Regierungsverantwortung, und wir machen den Motor wieder flott: Mit Reformen in Bildung und Wissenschaft, der Landesverwaltung oder beispielsweise bei der Ladenöffnung. Die Wirkungen sind spürbar, für alle: Die Wirtschaft belebt sich, die Steuereinnahmen wachsen, die Arbeitslosigkeit geht zurück, um nur wenige Beispiele zu nennen. NRW gewinnt wieder an Schwung.

Hunderttausende haben beim Bürgerfest im August ihre Verbundenheit mit dem Land gezeigt. Andererseits gehen immer weniger Bürger zu den Wahlen. Welchen Ausweg sehen Sie aus diesem Dilemma?

Stahl: „Den“ Ausweg gibt es leider nicht. Demokratie lernen und erleben fängt zu Hause an und in unseren Schulen. Nicht allein die Politik ist gefragt, sondern auch Eltern und Erzieherinnen und Erzieher. Jedoch muss die Politik wieder attraktiver werden. Nicht alles muss so kompliziert diskutiert werden, wie es ist. Wir als Politikerinnen und Politiker in unseren Gemeinderäten bis ins Europäische Parlament sollten öfter die Menschen spüren lassen, dass Politik gestalten Freude macht.

Ein politisch ereignisreiches Jahr geht zu Ende. Welche landespolitische Entscheidung hat für Sie die größte Tragweite für die Zukunft von Nordrhein-Westfalen?

Stahl: Da kann ich nicht nur eine Entscheidung, da muss ich mehrere nennen. Von großer Tragweite sind das neue Schul- und das neue Hochschulrecht. Das wird unser Land Nordrhein-Westfalen verändern – ich bin sicher, zum Guten. Der Unterrichtsausfall an den Schulen konnte fast halbiert werden, und wir haben den Einstieg in den Ausstieg aus der Schuldenspirale geschafft. Erstmals seit Jahren gibt es in 2007 wieder einen Haushalt, wie ihn unsere Verfassung vorschreibt. Das ist ein großartiger Erfolg.

Kraft: Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben in den vergangenen sechs Jahrzehnten sehr viel erreicht und auch schwierige Situationen mit Herz und Verstand, durch ein großes Engagement und ein solidarisches Miteinander gemeistert. Das „Wir in NRW“ hat eine Ausstrahlung weit über die Grenzen unseres Landes hinaus. Auch heute schaut man auf NRW, um zu sehen, wie die Menschen hier die Probleme, die aus zunehmender Globalisierung und demographischen Veränderungen resultieren, gelöst werden. Das ist nicht einfach. Vor allem die immer noch steigende Zahl der Langzeitarbeitslosen bereitet mir große Sorgen. Hier muss viel mehr getan werden. Außerdem gilt es, neue Potenziale zu erschließen. Entscheidend ist hierfür eine bessere Verzahnung von Wissenschaft und Forschung mit der Wirtschaft vor Ort.

Kraft: Sinkende Wahlbeteiligungen sind ein Warnsignal. Alle Parteien sind gefordert, ihre Strukturen und Organisationsformen weiterzuentwickeln, damit sie attraktiver werden und sich wieder mehr Menschen dort engagieren. Die Politik insgesamt wird ihren Handlungswillen und ihre Handlungsfähigkeit deutlicher herausstellen und Verlässlichkeit beweisen müssen. Außerdem wäre es gut, mehr in die politische Bildung zu investieren und nicht weniger. Fatal ist in diesem Zusammenhang die angedachte Abschaffung von Stichwahlen.

Kraft: Ich bin der festen Überzeugung, dass die schwarz-gelbe Koalition in diesem Jahr insbesondere in dem Bereich Bildung und Erziehung Entscheidungen getroffen hat, die nachhaltige negative Auswirkungen haben werden. Höhere Elternbeiträge für die Kindertagesstätten, weniger Chancengerechtigkeit (Schulgesetz) und die Einführung von Studiengebühren weisen in die falsche Richtung. Anstatt junge Menschen zu fördern und ihnen die größtmöglichen Chancen zu eröffnen, werden Bildungschancen verbaut. Das „Jahr des Kindes“ bot eine große Möglichkeit; leider wurde diese nicht genutzt.



Helmut Stahl (CDU)



Hannelore Kraft (SPD)



Sylvia Löhrmann (GRÜNE)



Dr. Gerhard Papke (FDP)

Löhrmann: Wenn NRW auf Zukunftstechnologien setzt, etwa auf erneuerbare Energien, dann kann das Land als Weltmarktführer für nachhaltige Innovationen wieder zum deutschen Wirtschaftsmotor aufsteigen. Dazu bedarf es keines Kohlesockels, sondern einer Orientierung an der Zukunft. Zu dieser Zukunft gehören auch die Dienstleistungen, die in NRW einen immer breiteren Raum einnehmen werden. Voraussetzung für den Erfolg ist zudem die erfolgreiche Integration von allen, die hier leben. Die Vielfalt war schon immer eine Stärke an Rhein und Ruhr – auf die ich stolz bin und die über die Zukunft unseres Landes entscheidet.

Löhrmann: Wir brauchen mehr Glaubwürdigkeit und Authentizität. Die Menschen erkennen genau den Unterschied, ob es einer Politikerin oder einem Politiker um die gute Sache im Interesse der Menschen geht oder nur um das eigene Image und die Karriere. Außerdem wählen Menschen nur, wenn sie glauben, dass sich etwas verbessern kann. Deshalb sind die Parteien gefordert, Lösungen und Visionen für die Zukunftsfragen unserer Zeit aufzuzeigen: Klimawandel, demographische Entwicklung, Gestaltung der Wissensgesellschaft in Zeiten der Globalisierung. Dabei müssen die Sicherungssysteme so gestaltet werden, dass die Menschen wissen und spüren, dass sie vor den Lebensrisiken Arbeitslosigkeit, Krankheit und Armut geschützt sind.

Löhrmann: Mit Schulgesetz und Studiengebühren hat die Landesregierung die soziale Gerechtigkeit in NRW langfristig geschädigt. Gerade in Zeiten, in denen der Staat nicht in allen Lebenslagen den Erhalt des einmal erworbenen Lebensstandards garantieren kann, ist Chancengleichheit – und damit Bildung – die entscheidende soziale Gerechtigkeitsfrage. Diese Chancengleichheit hat Jürgen Rüttgers in diesem Jahr ruiniert: 1. Mit der Aufhebung der Schulbezirke sorgt er für eine Zwei- oder Dreiklassengesellschaft zwischen den Schulen. 2. Mit der nur für das Gymnasium geltenden Schulzeitverkürzung und mit der Stärkung der Hauptschulen auf Kosten der Gesamtschulen zementiert er trotz der PISA-Erkenntnisse ein Schubladen-Schulsystem der Vergangenheit, das Kinder schon mit neun und zehn Jahren aussortiert und Durchlässigkeit systematisch behindert. 3. Mit den Studiengebühren hat er für weniger Studienanfänger gesorgt. Dabei braucht NRW als Land im Strukturwandel mehr Hochqualifizierte. Leidtragende sind die Leistungsfähigen, die keine finanzstarke Familie im Hintergrund haben. Die Landesregierung forciert mit Schulgesetz und Studiengebühren die soziale Spaltung.

Dr. Papke: NRW war und ist ein Land mit enormen Potenzialen. Doch zehn Jahre Rot-Grün haben den Motor unseres Landes nicht nur zum Stottern gebracht, sondern einen regelrechten Motorschaden verursacht. Ein Schuldenberg von 113 Milliarden Euro, Massenarbeitslosigkeit und die größte Pleitewelle, die unser Land je erlebt hat – das ist die Schadensbilanz nach einem Jahrzehnt Rot-Grün. Die schwarz-gelbe Koalition hat unser Land in einem denkbar schlechten Zustand übernommen. Aber mit unserer konsequenten Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung haben wir zu einer Aufholjagd angesetzt, um im Wettbewerb der Bundesländer wieder Spitzenpositionen zu belegen. FDP und CDU investieren in die Zukunft, in Bildung, Innovation und Forschung. Unser Reformkurs wird NRW wieder zu einem Land des Aufbruchs und der neuen Chancen machen.

Dr. Papke: Die Koalition aus FDP und CDU steht für verlässliche Politik. Wir setzen in der Regierungsverantwortung das um, was wir vor der Wahl angekündigt haben. Ich bin davon überzeugt, dass wir mit diesem Politikstil, der sich maßgeblich von Rot-Grün unterscheidet, wieder für mehr Vertrauen in die Politik sorgen und die Menschen sich wieder stärker in die Gestaltung unseres Landes einbringen wollen – auch bei Wahlen. Zudem wird die von der schwarz-gelben Koalition eingeleitete Reform des Wahlrechts zu mehr Wahlbeteiligung führen. Die Menschen erhalten durch die Einführung des Zweistimmwahlrechts die Chance, ihrem politischen Willen gezielter Ausdruck zu verleihen. Sie haben mehr Einflussmöglichkeit und die werden sie auch nutzen.

Dr. Papke: Die Erneuerung unseres Landes ist von FDP und CDU erkennbar vorangebracht worden. Wir haben eine Vielzahl von Reformen umgesetzt. Das neue Schul-, das Studienbeitrags- und das Hochschulfreiheitsgesetz sind verabschiedet. Die Ladenöffnungszeiten sind freigegeben, 3.230 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen, der Unterrichtsausfall ist drastisch reduziert worden und die Konsolidierung der Landesfinanzen kommt gut voran. Wichtig ist, dass wir den eingeschlagenen Reformkurs weiter konsequent verfolgen, um unser Land zu modernisieren. Eines der bedeutendsten Projekte müssen wir jetzt schultern: das verbindliche Ende des Subventionsbergbaus. Wir wollen in die Zukunft investieren, in Bildung, Forschung und neue Arbeitsplätze in Zukunftsbranchen, statt weiter Steuermilliarden zu verschwenden.

Die Fragen stellten Jürgen Knepper und Axel Bäumler.